

Attac Saar: **„Flüchtlingslager Lebach auflösen!“**

Teilhaberechte für die Bewohner nicht weiter verwehren -  
Ministeriumsspielräume nutzen

Attac Saar fordert am Internationalen Tag der Menschenrechte die Schließung des Flüchtlingslagers Lebach. *„Wer Menschen auf engstem Raum und teilweise unter unhygienischen Bedingungen zusammenpfercht, wie dies die CDU-Landesregierung im Saarland immer noch praktiziert, tritt die Menschenrechte bewusst mit Füßen“*, so Doris Frey, Attac-Vertreterin im Saarländischen Flüchtlingsrat.

Gerade weil das Saarland weltoffen sei, dürfe es nicht mehrere Hundert Weltbewohner auf engstem Raume zusammenpferchen. *„Das Lager Lebach ist eine Schande für das Saarland“*, stellt sie im Namen von Attac Saar fest. Die Landesregierung dürfe sich nicht mit Hinweis auf fehlende Spielräume einer Diskussion entziehen.

*„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“*, diese zentrale Aussage der UN-Menschenrechtserklärung aus dem Jahre 1948 müsse 60 Jahre danach auch im Saarland gelten. Bisher würden den BewohnerInnen des Lagers wesentliche gesellschaftliche Teilhaberechte verwehrt. Man dürfe jedoch Probleme der internationalen Politik nicht auf dem Rücken Einzelner austragen. Stattdessen solle das Saarländische Innenministerium die ihm zur Verfügung stehenden Spielräume nutzen.

Mit der Schließung des Lagers würde auch die Versorgung der dort lebenden Menschen mit "Sachleistungen" endlich beendet. Eine Umstellung auf Geldleistungen käme das Saarland womöglich billiger und hätte zur positiven Folge, dass sich die Menschen dort mit Lebensmitteln aus ihrem heimischen Kulturkreis versorgen und selbstbestimmter leben könnten.

Thomas Schulz, Sprecher von Attac Saar, ergänzt: *„Attac Saar teilt die Einschätzung, dass das beste Mittel gegen Terror, gegen gewalttätige sowie militärische Auseinandersetzungen die Verwirklichung der unbedingten sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und bürgerlichen Leistungs- und Teilhaberechte im globalen Maßstab ist. Wer Menschen aus vielen Teilen der Erde in einem Lager konzentriert, schürt persönliche, kulturelle und religiöse Spannungen“*, so Schulz weiter.

Zitat aus der Erklärung "Menschenrechte als unbedingte Teilhaberechte - Globalisierung von unten für soziale sowie ökologische Gerechtigkeit und individuelle Freiheit" vom 08.12.2008:

*"Die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den Menschenrechtspakten verankerten unbedingten Rechte auf Teilhabe am politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Gemeinschaft kennzeichnen die Menschengemeinschaft als eine*

*Gemeinschaft aktiv, autonom und solidarisch Handelnder. Die Wahrnehmung der Teilhaberechte setzt realisierte Abwehr- bzw. Leistungsrechte voraus. So ist zum Beispiel die Unverletzlichkeit der privaten und intimen Sphäre der Wohnung genauso eine Grundlage der freien öffentlich-politischen Teilhabe wie das Recht auf einen angemessenen Wohnraum und das Recht auf eine soziale Existenzsicherung."*

Hintergrund:

Die Erklärung "Menschenrechte als unbedingte Teilhaberechte - Globalisierung von unten für soziale sowie ökologische Gerechtigkeit und individuelle Freiheit" kritisiert die mangelnde Umsetzung der sozialen und politischen Menschenrechte weltweit. Sie wurde am 08.12.2008 veröffentlicht und ist abrufbar (9 Seiten DIN A 4) unter:

[www.attac.de/uploads/media/Erklaerung\\_Menschenrechte\\_als\\_unbedingte\\_Teilhaberecht\\_e.pdf](http://www.attac.de/uploads/media/Erklaerung_Menschenrechte_als_unbedingte_Teilhaberecht_e.pdf)

Initiatoren und Erstunterzeichner der Erklärung sind:

Aktionsbündnis Sozialproteste, Attac Deutschland, BAG Prekäre Lebenslagen e.V. in Gründung - Gegen Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung, Deutscher Frauenrat e. V., FIAN-Deutschland e. V., KAB Deutschlands e. V., medico international e. V., Mehr Demokratie e. V., TERRE DES FEMMES e.V., Netzwerk Grundeinkommen, Urgewald e.V.